

ANTRAG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Teil 1

A2019/1/2NEU: Positionspapier Vegetarische & biologische Verpflegung in deutschen Kantinen & Mensen

Antragstext

- 1 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz fordert die Bundesregierung und
2 Landesregierungen dazu auf, das Angebot in deutschen Mensen und Kantinen
3 verstärkt nach ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten.
- 4 So sollte:
- 5 1. Das Angebot an vegetarischen und veganen Gerichten vergrößert werden, um
6 den schädlichen Einfluss der intensiven Tiermast zu verringern.
 - 7 2. Vermehrt regionale und saisonale Verpflegung angeboten werden, um die
8 Transportwege zu verkürzen und den Anteil an energieintensiven
9 Treibhausprodukten zu verringern.
 - 10 3. Verstärkt bio-zertifizierte Lebensmittel eingekauft werden, da hier der
11 Einsatz von Pestiziden und industriell hergestelltem Düngemittel deutlich
12 reduziert ist.
 - 13 4. Beim Kauf von tierischen Produkten auf eine artgerechte Tierhaltung und
14 nachhaltige Fangmethoden beim Fischfang geachtet werden.
 - 15 5. Darauf geachtet werden, dass der Wasserverbrauch der bezogenen Produkte
16 möglichst gering ist.
 - 17 6. Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass das Angebot für eine
18 möglichst breite Masse an Konsument*innen bezahlbar ist. Zu diesem Zweck
19 ist zu überlegen, ob das Angebot gesondert subventioniert werden kann
 - 20 7. Bei Produkten, die aus dem globalen Süden bezogen werden, darauf geachtet
21 werden, dass diese fair gehandelt worden sind, um sicherzustellen, dass
22 mit den öffentlichen Geldern keine Kinderarbeit unterstützt wird.

Begründung

Die Landwirtschaft ist für etwa 7,2%^[1] der deutschen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Hauptverursacher sind hierbei die industrielle Landwirtschaft und die intensive Tiermast, die neben den Treibhausgasemissionen auch eine Überdüngung der Böden und damit eine Verunreinigung von Grundwasser und Gewässern verursachen.

Selbstverständlich haben hierbei auch die Verbraucher*innen einen Einfluss auf die Art der Landwirtschaft, da sie mit ihrer Nachfrage einen entsprechenden Bedarf erzeugen. Dennoch sieht die JBN die Bundes-/Landesregierung in der Verantwortung, den politischen Rahmen hin zu einer flächendeckenden und erschwinglichen vegetarischen und biologischen Ernährung zu schaffen.

Eine der größten Gruppen an Verbraucher*innen stellt die öffentliche Hand dar, die bei vielen Ämtern, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Kindergärten und Dienststellen für die Verpflegung der dort Beschäftigten sorgt. Dies geschieht entweder in Form von direkt betriebenen Kantinen oder Mensen oder durch die finanzielle Bezuschussung dieser.

Da sich die Bundesregierung zum Pariser Klimaabkommen bekennt und die staatliche Einrichtungen eine gewisse Vorbildfunktion besitzen, sieht die JBN es als Pflicht an, dass die Bundesregierung und mit ihr die Landesregierungen das Angebot in deutschen Mensen und Kantinen verstärkt nach ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten.

Adressaten:

- Bundesregierung
- Landesregierungen

^[1] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-3>